

# Libyen nach Qaddafi: Islamistischer Aufschwung und Stärkung des religiösen Sektors

*Hanspeter Mattes*

## *Zusammenfassung*

*Die Entwicklung des religiösen Sektors in Libyen durchlief seit dem gewaltsamen Sturz des Qaddafi-Regimes 2011 parallel zum Aufschwung islamistischer Organisationen einen umfassenden Transformationsprozess. Die ideologisch motivierten Angriffe Qaddafis auf die islamische Orthodoxie seit den 1970er Jahren wurden durch den Nationalen Übergangsrat (NTC), seit März 2011 die oberste politische Autorität des post-qaddafischen Libyen, sukzessive zurückgenommen. Der NTC hat nicht nur die abgeschafften Institutionen wie das Ministerium für islamische Angelegenheiten, die Fatwa-Behörde und das Amt des Großmuftis wiederhergestellt, sondern auch die Kalenderreform Qaddafis, seine Sunna und Hadith ablehnende Islaminterpretation sowie die Entpolitisierung der Imame und Rechtsgelehrten revidiert. Zeitgleich wurde die Repression gegenüber religiös motivierten Vereinigungen wie der Muslimbruderschaft, die bislang nur im Untergrund agieren konnte, eingestellt. Die Zulassung von Parteienpluralismus führte schließlich zu einer Ausdifferenzierung der politischen Akteure: Neben die nunmehr offen arbeitende Bewegung der Muslimbrüder und die neu gegründeten islamistischen Parteien mit unterschiedlich stark ausgeprägtem islamischen Referenzrahmen traten die organisatorisch schwer zu fassenden, in unterschiedliche Gruppen und Tendenzen aufgesplitterten Salafisten, sowie die eher apolitischen Sufis, die von den Salafisten als „unislamische Heiligenverehrer“ angegriffen werden. Hinzu kommen mehrere kleine, neu formierte und nicht genau zu bestimmende gewaltbereite islamistische Gruppen, die für ein islamisches Kalifat und die volle Anwendung der Scharia inklusive des Strafrechts kämpfen. Alle zusammen ringen seit 2011 um die islamische Deutungshegemonie in Libyen. Maßgebend für die künftige Stellung der Religion im Staat werden jedoch nur diejenigen Parteien und Persönlichkeiten sein, die nach den Wahlen zur 200-köpfigen Nationalkonferenz im Juli 2012 im Verfassungskomitee über die Formulierung der Verfassung mitbestimmen. Bereits im Vorfeld ist offenkundig, dass in Libyen der Islam die Religion*

*des Staates und die Scharia Grundlage der Gesetzgebung sein wird; allerdings wird die Auslegung der Scharia auch angesichts politisch sehr aktiver nichtreligiöser Parteien wie der Allianz der Nationalen Kräfte von Ex-Premierminister Mahmud Jibril und zivilgesellschaftlicher Vereinigungen – vor allem Frauenorganisationen – eher moderat ausfallen.*

### **1. Die Islampolitik Qaddafis 1969–2011**

In keinem anderen vom „Arabischen Frühling“ erfassten Staat Nordafrikas gab es im religiösen Bereich so tiefgreifende Veränderungen wie in Libyen. Dies hängt hauptsächlich mit der spezifischen Islampolitik zusammen, die der libysche Revolutionsführer Mu‘ammar al-Qaddafi mit zunehmender Akzentuierung seit Anfang der 1970er Jahre umsetzte und deren Neuerungen nicht nur massive interne Opposition auslösten, sondern ihm auch von Seiten saudischer Rechtsgelehrter den Vorwurf der Ketzerei eintrugen. In Publikationen, die nach dem Sturz des Qaddafi-Regimes Oktober 2011 erschienen sind und die Herrschaftszeit Qaddafis aufarbeiten, wird dieser Aspekt gleichfalls aufgegriffen und erstmals öffentlich die Frage gestellt, ob Qaddafi wirklich „ein Muslim war“.<sup>1</sup> Der neue Mufti der libyschen Republik, Scheich Sadiq al-Ghariani, leugnet dies wegen Qaddafis religiöser Neuerungen und seiner Verbrechen und wollte ihm als Ungläubigen sogar deshalb nach seinem Tod am 20. Oktober 2011 ein ordentliches muslimisches Begräbnis vorenthalten.<sup>2</sup>

Was waren die Neuerungen, die bei den islamischen orthodoxen Rechtsgelehrten (Ulama) in und außerhalb Libyens solche Reaktionen hervorriefen? Die islampolitischen Maßnahmen Qaddafis erfolgten in fünf Phasen,<sup>3</sup> wobei die erste Phase 1969/1970 noch durchaus das Wohlwollen der libyschen Ulama fand, weil Qaddafi nach den Verwestlichungstendenzen im Königreich Libyen seit der Unabhängigkeit des Landes 1951 bis zum Sturz der Monarchie 1969 mehrere religionskonforme Schritte (u.a. Alkoholverbot, Verbot von Zins und Glücksspiel, obligatorische Einführung der Almosensteuer Zakat, Schließung christlicher Kirchen, allgemeine Stärkung der arabisch-islamischen Identität) umsetzte. Aus Kontrollgründen verzichtete Qaddafi aber auf die Ernennung eines Ministers für islamische Angelegenheiten, sondern behielt sich und dem militärischen Kommandorat die Entscheidungsgewalt über alle religiösen Aspekte vor.

Die Entfremdung zwischen Regime und Religionsgelehrten setzte sukzessive in der zweiten Phase (Dezember 1970–Mai 1975) ein, weil Qaddafi die auf einer Islamkonferenz in Tripolis im Dezember 1970 ausgesprochenen Empfehlungen der Teilnehmer zur weiteren Verankerung islamischer Werte in Libyen und der Ausrichtung der Gesetzgebung an der Scharia immer stärker als Einengung seiner angestrebten ideologischen Umgestaltung Libyens empfand. Die ursprünglich 1971 zugesagte „Revision der positiven Gesetzgebung im Lichte der Scharia“ mündete spätestens Ende 1974 in einen offenen Konflikt mit dem damaligen Großmufti Tahir al-Zawi<sup>4</sup> und führte zur „religiösen Revolution“, die Qaddafi in einer Rede am 2. Mai 1975 ankündigte. Diese Rede leitete die dritte Phase (Mai 1975–Ende 1978) ein, in der Qaddafi am schärfsten gegen die islamischen Rechtsgelehrten und die orthodoxe islamische Lehre vorging. Er dekretierte im Mai 1975 nicht nur ein vollständiges Redeverbot zu politischen Angelegenheiten für Imame und Ulama, sondern hielt im Sommer 1978 sogar ihre Existenz für überflüssig („Der Koran ist in arabischer Sprache, wir können ihn folglich alle verstehen, ohne dass wir einen Imam brauchen, der ihn uns erläutert“). Zugleich griff Qaddafi massiv das Dar al-ifta', also die klassische Institution, die religiöse Rechtsgutachten erteilt, an, die mit der von ihm propagierten direkt-demokratischen Volksherrschaft inkompatibel sei. Zugleich wies er Sunna und Hadith, die innerhalb des orthodoxen Islam bei der Rechtsfindung berücksichtigt werden, als „menschengemacht“ zurück und akzeptierte allein den Koran als Wort Gottes. Einzig der Koran sei kein positives Recht und nur die zeitgemäße Neuinterpretation dieses göttlichen Textes könne auf die Fragen der Gegenwart eine Antwort geben. Qaddafi, der sich zunehmend als der Erneuerer (Mujaddid) des Islam im 20. Jahrhundert sah, überspannte allerdings den Bogen der Provokation, als er im Dezember 1978 den in islamischen Ländern üblichen Hijra-Kalender durch den auf den Todestag des Propheten Muhammad bezogenen Kalender ersetzte, weil der Tod des Propheten das Ende jeglicher Prophetie bedeute.

Die sich an diese Herausforderungen anschließende vierte Phase (1979–Anfang der 1990er Jahre) ist zum einen staatlicherseits durch die Propagierung des „wahren Islam der Volksmassen“ gekennzeichnet, zum anderen ist sie eine Phase der eskalierenden Auseinandersetzung des Qaddafi-Regimes mit interner und externer religiöser Opposition: weder trugen die libyschen Imame und Rechtsgelehrten,

aber auch die konservativen Gläubigen diese Neuerungen mit und bezahlten ihren Widerstand mit entsprechender staatlicher Repression, noch war die islamische Orthodoxie im Ausland bereit, die propagierten Neuerungen hinzunehmen; insbesondere der saudische Klerus reagierte mit dem Ketzereivorwurf.<sup>5</sup>

Die fünfte Phase (1992–2011) ist von der Auseinandersetzung Qaddafis mit bewaffneten islamistischen Gruppen gekennzeichnet. Die 1990/91 einsetzende Rückkehr der libyschen Jihadisten, die auf Seiten des afghanischen Widerstands und Al-Qaidas erfolgreich gegen die russische Besatzung in Afghanistan kämpften, verlieh in Libyen dem Kampf gegen Qaddafis Islampolitik, die auch in den Augen der Jihadisten Ketzerei war, eine neue Dynamik. Die in der Regel aus dem seit dem Wirken Muhammad Ali al-Sanusis religiös konservativ geprägten Ostlibyen stammenden Jihadisten gründeten mehrere Organisationen, darunter als größte die Jama'a al-islamiya al-muqatila (bekannt als Libyan Islamic Fighting Group/LIFG), angeführt von Abd al-Hakim Belhaj, die vor allem in ihrer Heimatregion (Region zwischen Banghazi und Tobruk) den bewaffneten Kampf gegen das Regime aufnahmen. Der Kampf, der in den Jahren 1994–1996 eskalierte, war ein ungleicher Kampf, weil das Regime mit der ganzen Härte seiner Sicherheitsapparate zurückschlug und selbst über 1.000 gefangene jihadistische Kämpfer, die 1996 im Abu-Slim-Gefängnis revoltierten, massakrierte. In den Folgejahren näherten sich allerdings das Regime und die islamistischen Kampfgruppen unter Führung der LIFG im Rahmen der von Saif al-Islam al-Qaddafi eingeleiteten nationalen Versöhnungspolitik an. Die massive physische Schwächung der Kampfgruppen ließ innerhalb der LIFG die Einsicht wachsen, dass militärisch der Kampf nicht zu gewinnen ist; dies führte – unter Vermittlung u.a. von Scheich Sadiq al-Ghariani und Dr. Ali al-Sallabi – zu der Revision der Gewaltstrategie, die im Jahr 2009 in einem 417-seitigen Dokument<sup>6</sup> niedergelegt wurde.

Die Liberalisierungsmaßnahmen Saif al-Islams al-Qaddafis u.a. im Menschenrechts- und Medienbereich und die nationale Versöhnungspolitik gegenüber den islamistischen Gruppen, die zur Freilassung mehrerer Hundert islamistischer Kämpfer führte, konnte allerdings die anhaltende unterschwellige Unzufriedenheit mit dem politischen System an sich und den Defiziten in den einzelnen Politikbereichen (Bildung; Gesundheit; Arbeitsmarkt; Religion usw.) nicht ausräumen. Die

Explosion der politischen Unzufriedenheit im Februar 2011 ist hierfür der Nachweis. Für den 17. Februar 2011 hatten insbesondere Familienangehörige der Opfer des Abu Slim-Massakers zu Protesten aufgerufen, gegen die die Sicherheitskräfte blutig vorgingen mit der Folge, dass binnen kurzem die Bevölkerung der ganzen Cyrenaika revoltierte<sup>7</sup> und sich nach Stürmung der Waffendepots – nunmehr selbst bewaffnet – der Herrschaft des Qaddafi-Regimes entledigen konnten. Dank der Unterstützung der NATO (auf der Basis der UN-Sicherheitsratsresolution 1973 vom 17. März 2011) und vor allem Katars konnte sich dann bis August 2011 der Nationale Übergangsrat (National Transitional Council/NTC) – die legitime Vertretung der Oppositionsbewegung – auch in Tripolitanien und im Fazzan militärisch durchsetzen und die Qaddafi-Herrschaft beenden.<sup>8</sup> Bei der Befreiung von Tripolis am 20./21. August hatten dabei Kampfbrigaden und Milizen, deren Kern von islamistischen Kämpfern gebildet wurde, eine zentrale Rolle gespielt.

Qaddafi hat nach Ausbruch der Proteste im Februar mit der „islamischen Karte“ (wenngleich erfolglos) versucht, ihre Ausdehnung zu verhindern. Unter dem Druck der Sicherheitsbehörden erklärten am 24. Februar 2011 siebenzig Ulama aus dem Großraum Tripolis, dass „die Abweichung von der Ordnung“ und die Zerstörung von Eigentum im Islam verboten seien. Zugleich riefen sie zum Dialog und der friedlichen Beilegung des Konflikts auf. Der Effekt dieses erkennbar erzwungenen Aufrufs war indes gering, wie sich überhaupt die Beziehungen zwischen Islamisten und Regime nach Ausbruch der Proteste deutlich eintrübten, weil die Islamisten auf Seiten der Oppositionsbewegung standen. Die ursprünglich vorgesehene Fortsetzung der Versöhnungsgespräche Saif al-Islams al-Qaddafis mit Dr. Ali al-Sallabi und Vertretern der Muslimbrüder zur Freilassung weiterer inhaftierter Islamisten Anfang März 2011 kam deshalb ins Stocken.<sup>9</sup> Die Gesprächsangebote Qaddafis an den Murshid der Muslimbruderschaft, Sulaiman Abd al-Qadir, Anfang Juni „to enter political negotiations with the government to find a political solution to the Libyan crisis“,<sup>10</sup> wurden sogar explizit zurückgewiesen. Gleiches galt für den Pakt, den Saif al-Islam al-Qaddafi Anfang August, als sich die Opposition schon zum Angriff auf Tripolis vorbereitete, den (zuvor jahrelang radikal bekämpften) Islamisten antrug, um mit ihnen gemeinsam die „säkulare, liberale Opposition“ zu vernichten. Für die islamistischen Gruppen war dieses Angebot das Eingeständnis, dass das Regime am Ende ist.<sup>11</sup>

## 2. Die post-qaddafische Islampolitik in Libyen seit 2011

Mit dem definitiven Zusammenbruch des Qaddafi-Regimes in Westlibyen im Oktober 2011 wurde die institutionelle Neuordnung Gesamtlibyens möglich. Diese Neuordnung sollte auf der Basis des Zeitplans erfolgen, den der NTC in der provisorischen Verfassungserklärung vom 3. August 2011 niederlegte: Also Wahlen zu einer 200-köpfigen Nationalkonferenz (Parlament) binnen acht Monaten nach der Befreiung Libyens, Ausarbeitung einer neuen Verfassung durch eine von der Nationalkonferenz einzusetzende Verfassungskommission und Bildung einer neuen Übergangsregierung innerhalb eines Monats nach dem Sturz der Qaddafi-Herrschaft.

De facto vollzog sich die exekutive Neuorganisation Libyens in mehreren Etappen, beginnend mit der Gründung des NTC am 5. März 2011, dem seither Mustafa Abd al-Jalil vorsitzt, und der Einsetzung einer Übergangsregierung (Transitional Executive Bureau) unter Leitung von Dr. Mahmud Jibril, die allerdings kein Ressort für Religionsangelegenheiten umfasste. Nach dem Rücktritt Jibrils am 23. Oktober, dem Tag der offiziellen Befreiung Libyens vom Qaddafi-Regime, wurde gemäß dem vereinbarten Zeitplan eine neue Regierung gebildet und am 22. November offiziell vorgestellt. Die neue Regierung unter Premierminister Abd al-Rahim al-Kib<sup>12</sup> sollte sich allen zentralen Politikbereichen zuwenden, darunter auch der Islampolitik; hier sollten insbesondere jene institutionellen und inhaltlichen Defizite beseitigt werden, die in den letzten vier Dekaden durch Qaddafis „religiöse Revolution“ verursacht worden waren. Einzelne Schritte wie die verbindliche Wiedereinführung des Hijra-Kalenders am 28. November 2011, die Neugründung des Religionsministeriums und der Fatwa-Behörde waren einfach umzusetzende Verwaltungsakte; andere Problembereiche wiederum wie der Streit mit Saudi-Arabien um Pilgerzahlen und Sicherheitsvorschriften erledigten sich mit dem Ende des Qaddafi-Regimes. Problematisch hingegen erwiesen sich der Wiederaufbau des unter Qaddafi nahezu vollständig abgeschafften Koranschulwesens und die Neuordnung der islamischen Hochschulbildung. Der NTC und die Regierung wissen allerdings um die Dringlichkeit dieser Aufgabe, vor allem weil Regierungsmitglieder einen geregelten Koran-/Islamunterricht für notwendig erachten. Ihrer Auffassung zufolge stärkte nämlich das langjährige Fehlen staatlicher Religionsausbildung den Trend zum Selbststudium. Fehlende Anleitung habe aber diesem Kreis der Autodidakten die Tür für unkontrollierte, extremistische Interpretationen geöffnet;

Qaddafi selbst habe letztendlich mit seiner Politik zum Entstehen des religiösen Extremismus beigetragen. Für Religionsminister Scheich Abu Faris verhindert guter Religionsunterricht extremistisches Denken.

### *2.1. Die institutionelle Neuorganisation*

Die institutionelle Neuorganisation des religiösen Bereichs bestand in der Hauptsache in der Wiedergründung jener Organe, die im Königreich Libyen 1951–1969 den Religionssektor regelten und nach dem Sturz der Monarchie am 1. September 1969 unter Qaddafi abgeschafft wurden: Das war zum einen das mit Religionsangelegenheiten befasste Ministerium und zum anderen das Dar al-ifta', also die Behörde, die zur Erstellung von Rechtsgutachten befugt ist. Im post-qaddafischen Libyen wurden somit die Institutionen wieder geschaffen, die traditionell in den meisten islamisch-geprägten Staaten den Religionssektor regeln.

#### Das Ministerium für Awqaf und islamische Angelegenheiten

Das Ministerium für Awqaf (religiöse Stiftungen) und islamische Angelegenheiten (kurz: Religionsministerium) wurde mit der Regierungsneubildung im November 2011 geschaffen, ohne dass bislang ein vom NTC verabschiedetes Gesetz die Struktur und Aufgaben des Ministeriums regelt. Allerdings gelten die allgemeinen Grundlagen für die Regierungsarbeit, die bereits von der Regierung Jibril festgelegt wurden, wie u.a. die Rechenschaftspflicht des Ministers und die Einhaltung des Budgets. Das Ministerium übernahm Teile des Direktorats für Awqaf, dem unter Qaddafi die Verwaltung der religiösen Stiftungen und Moscheen oblag, und damit auch Personal des früheren Verwaltungsapparates, das man nicht entlassen wollte/konnte, obwohl ihm Nähe zu Qaddafis Ideologie nachgesagt wird. Dieser Personenkreis muss gegenwärtig als Sündenbock für Defizite der Ministeriumsarbeit herhalten

Das Ministerium, das seit Dezember 2011 von Scheich Professor Dr. Hamza Abu Faris<sup>13</sup> geleitet wird, der über keine frühere Verwaltungserfahrung verfügt, hat insgesamt fünf Hauptarbeitsgebiete:

- Die Aufsicht über die bestehenden Moscheen und die Sorge für ihren baulichen Erhalt und die Entwicklung eines Moscheeneubau-

programmes. Prinzipiell gehört die Kontrolle dessen, was in den Moscheen passiert, gleichfalls zum Arbeitsauftrag des Ministeriums. Diese Aufgabe wird gegenwärtig nicht zufriedenstellend wahrgenommen, weil es nach Angaben des Religionsministers etliche extremistische Gruppen gibt, die die Versammlungsräume in den Moscheen für ihre Zwecke instrumentalisieren.<sup>14</sup> Teilweise hätten – so Minister Abu Faris – die Gruppen mit Waffengewalt die Kontrolle übernommen. Der Minister rief deshalb am 10. Mai 2012 die „aufrechten Libyer“ auf, ihre Moscheen vor der Übernahme durch extremistische Gruppen zu schützen; Gläubige wiederum forderten das Ministerium auf, gegen extremistische Freitagsprediger vorzugehen.<sup>15</sup>

- Die Verwaltung der religiösen Stiftungen.
- Die Verantwortung für die Durchführung der Pilgerreisen nach Mekka.
- Die Aufsicht über das staatliche Moscheepersonal (Imame, Prediger, Gebetsrufer); die Schulung und Fortbildung der Imame ist Teil der Aufgaben, aber bislang nicht angelaufen. Hingegen hat Minister Abu Faris am 16. April 2012 die Erhöhung der Gehälter der Imame und Freitagsprediger im Kabinett durchgesetzt.
- Kontakte und Abstimmung mit denjenigen religiösen Einrichtungen, die anderen Regierungsstellen zugeordnet sind, wie die Einrichtung für religiöse Studien beim Ministerium für Hochschulen, das Sonderkomitee für die Erhebung der Almosensteuer beim Finanzministerium und schließlich das Dar al-ifta', die Fatwa-Behörde, und die Einrichtung für islamische Mission, die Islamic Call Society, die beide direkt dem NTC unterstehen.<sup>16</sup>
- Scheich Abu Faris bezeichnete im Gespräch trotz der in Libyen vorhandenen finanziellen Mittel die Herausforderungen für das Ministerium als gewaltig, weil vor allem personelle Engpässe (Religionslehrer, Imame) bestehen. Libyen benötige im religiösen Sektor zur Umsetzung der formulierten Arbeitsziele ausländische Hilfe; entsprechende Angebote für die Entsendung von Predigern und Koranschullehrern lägen aus Kuwait, Katar und Tunesien<sup>17</sup> vor. Solange aber die instabile Sicherheitslage anhalte, sei die Annahme der Hilfsangebote nicht realistisch.

## Das Dar al-ifta': Religiöse Rechtleitung und politische Orientierung

Die libysche Fatwa-Behörde ist eine Neugründung, obwohl sie formal durch Qaddafi nicht abgeschafft wurde. Qaddafi hatte nach dem Streit mit Großmufti Tahir al-Zawi 1984 und dessen Rücktritt das Amt nicht wiederbesetzt, so dass die Behörde führungslos war und administrativ ausgedünnt wurde.<sup>18</sup> Der NTC hat noch vor dem Sturz Qaddafis wegen der Bedeutung des Amtes für die religiöse Legitimierung des politischen Handelns das Fatwa-Amt wiederbelebt und bereits im Mai 2011 den wegen seiner Gelehrsamkeit bekannten Rechtsgelehrten Scheich Sadiq al-Ghariani zum Großmufti und damit zur höchsten Autorität und Richter über das, was im Islam erlaubt und was verboten ist, ernannt. Al-Ghariani wurde in dieser Funktion schnell zum „moralischen Kompass in schwierigen Zeiten“.<sup>19</sup> Die ersten Monate musste Scheich al-Ghariani allerdings seine Funktion ohne nachgeordnete Fatwa-Behörde erfüllen, denn das Dar al-ifta' mit Zuständigkeit für Gesamtlibyen wurde vom NTC erst nach der Eroberung von Tripolis Ende August 2011 formal neu begründet. Das 39 Artikel umfassende Gesetz zur Regelung der internen Struktur, der Qualifikation des Muftis und der Aufgaben der Behörde wurde vom Übergangsrat am 20. Februar 2012 verabschiedet.<sup>20</sup> Das in Tripolis angesiedelte Dar al-ifta' ist demnach eine unabhängige Behörde mit der Aufgabe der Erstellung von Rechtsgutachten durch den Großmufti sowie von ihm ernannte Muftis in den landesweit eingerichteten Zweigstellen der Behörde. Die Muftis müssen libysche Staatsbürger sein, ein islamwissenschaftliches Studium absolviert haben und mindestens zwanzig Jahre (Großmufti) bzw. zehn Jahre (Muftis) Berufserfahrung aufweisen. Grundlage für die Erstellung der kostenlosen Fatwas sind gemäß Artikel 11 der Koran und die Sunna sowie die im Lande praktizierten Rechtschulen. Gemäß Artikel 13 obliegt es der Gesellschaft, die Fatwas der Behörde zu respektieren. Antragsteller für Fatwas können die Regierung aber auch Privatpersonen sein; die Kontaktadresse für erbetene Fatwas ist [daraliftalibya@gmail.com](mailto:daraliftalibya@gmail.com). Scheich al-Ghariani machte allerdings am 14. März 2012 in einer Erklärung deutlich, dass das Dar al-ifta' auch von sich aus aktiv wird und sich zu politischen und wirtschaftlichen Aspekten äußern will, wenn es dafür einen Anlass sieht. Insofern versteht sich das Dar al-ifta' als „gesellschaftspolitisches“ Orientierungsorgan: „Its religious duty is to show God's ruling in all matters relating to politics, economy or prayer and pilgrimage.“<sup>21</sup> Großmufti Scheich Gharianis Funktion kommt somit einer mit übergeordneter religiöser Legitimität ausgestatteten Wächterfunktion gleich.

## *2.2. Der Stellenwert des Islam in offiziellen Verlautbarungen und Dokumenten*

Der NTC positionierte sich seit seiner Gründung im März 2011 mehrfach in religiösen Angelegenheiten und traf auch politische Entscheidungen, die den Handlungsspielraum islamischer und islamistischer Akteure bestimmen. Die wichtigsten religiösen Bestimmungen finden sich in der im August 2011 verabschiedeten Verfassungserklärung, in verschiedenen Reden des NTC-Vorsitzenden Mustafa Abd al-Jalil sowie im Parteiengesetz, das der NTC mit Blick auf die Wahl der Nationalkonferenz im Juli 2012 im April 2012 verabschiedete.

### Die Verfassungserklärung vom 3. August 2011

Die Verfassungserklärung (al-iʿlan al-dusturi) des NTC vom 3. August 2011 ist bis zur Verabschiedung einer neuen (permanenten) Verfassung das konstitutionelle Grundlagendokument Libyens<sup>22</sup> und umfasst sowohl grundsätzliche Aussagen zum Staatsverständnis und den gewährten Rechten und Freiheiten als auch (ab Artikel 17) Angaben zur politischen Organisation in der Übergangsphase; als konstitutioneller Referenzrahmen fungierte die libysche Verfassung vom 7. Oktober 1951, die Grundlage des Königreichs Libyen von 1951 bis 1969 war. Im ersten Teil der Verfassungserklärung (Artikel 1) wird festgelegt, dass der Islam Staatsreligion ist und – dies das Hauptnovum gegenüber der Qaddafi-Ära – die Scharia die Hauptquelle der Gesetzgebung darstellt. In Artikel 6 wird zudem die Diskriminierung eines Staatsbürgers vor dem Gesetz aus Gründen der Religion, regionalen Herkunft, Stammeszugehörigkeit, Sprache, sozialem Status verboten. In der Zwischenzeit gaben Politiker wie NTC-Vorsitzender Abd al-Jalil und Gruppen, denen diese religionsbezogenen Bestimmungen zu zurückhaltend waren, zu verstehen, welches religiöse Profil sie für Libyen anstreben und welche Bestimmungen sie in der Verfassung aufgegriffen wissen wollen. In diesem Zusammenhang sind auch in den libyschen Medien, vor allem den neu erschienenen Debattenzeitungen wie Mayadin, Kalima, al-Manara oder al-Haqiqa, Beiträge erschienen, die für die Wiedereinführung des Kalifats und auch die Anwendung des islamischen Strafrechts plädieren, was vor allem in europäischen Staaten Befürchtungen über einen erstarkenden Einfluss islamistischer Gruppen in Libyen auslöste.<sup>23</sup>

## Die Reden von NTC-Präsident Mustafa Abd al-Jalil

Ist in der Verfassungserklärung der religiöse Bezug noch relativ beschränkt, so präzierte der NTC-Vorsitzende Abd al-Jalil das angestrebte stärkere islamische Profil Libyens in mehreren Reden. Erstmals äußerte sich Abd al-Jalil öffentlich am 21. August 2011 anlässlich der Einnahme von Tripolis zur Thematik, als er feststellte, dass damit in Libyen „die Herrschaftsepoche Qaddafis“ zu Ende sei und nunmehr die „Epoche des Islam“ (Hiqbat al-islam) beginne. Was darunter genau zu verstehen ist, erläuterte er am 12. September 2011 in seiner ersten öffentlichen Rede auf dem Unabhängigkeitsplatz in Tripolis, als er vor Kämpfern einen demokratischen, „moderat islamischen Staat“ ankündigte. Der Islam solle Hauptquelle der Gesetzgebung sein; später in der Rede bezeichnete er die Scharia als Hauptquelle der Gesetzgebung. Extremistische Ideologien lehnte er ab – dafür sei in Libyen kein Platz.<sup>24</sup> In weiteren Erklärungen u.a. am 13., 23. und 24. Oktober 2011 wies Abd al-Jalil auf die Vorbildfunktion der türkischen AKP hin, die als Partei Demokratie und Islam versöhne, und sprach von einer „toleranten Scharia“ als juristischem Referenzrahmen für den Verfassungsgebungsprozess.<sup>25</sup> In diesem Zusammenhang lehnte er alle Gesetze ab, die im Gegensatz zum islamischen Gesetz stehen, und nannte als Beispiel das unter Qaddafi eingeführte Verbot der Polygamie („Any law that violates sharia is null and void legally“).<sup>26</sup> Darüber hinaus kündigte er schariakonforme islamische Banken (ohne Zinsgeschäfte) an. Trotz weiterer Reden mit Islambezug (4. und 13. November 2011; 19. März 2012) führte Abd al-Jalil bislang den abgesteckten Referenzrahmen inhaltlich nicht weiter aus.<sup>27</sup> Andere Gruppen wie die Generalunion der muslimischen Jugend, die al-Rayah-Stiftung, das Faruq-Zentrum für Da’wa und Wohltätigkeit sowie islamistisch ausgerichtete Revolutionsbrigaden (al-Faruq Bataillon aus Misrata; Ansar of Shari’a Bataillon aus Banghazi) waren hier wesentlich deutlicher.

### Al-Mithaq al-watani al-libi

Am 4. März 2012 trafen sich verschiedene Gruppen der 17. Februar-Revolution und Parteienvertreter aus ganz Libyen in Anwesenheit des NTC-Vorsitzenden zu einer Konferenz in Misrata,<sup>28</sup> um im Vorfeld des Verfassungsgebungsprozesses ihre Vorstellungen über die künftigen Grundlagen des Staates zu formulieren. Ergebnis war die umfangreiche, 20 Kapitel umfassende Libyan National Charter (al-Mithaq al-watani al-libi), die sich zu einem demokratischen, parlamentarischen

Mehrparteiensystem bekennt, in zahlreichen Punkten aber auch dezidiert auf religiöse Aspekte eingeht und angesichts der intensiven Bezugnahme auf den Islam einen Vorgeschmack auf den zukünftigen Verfassungstext erahnen lässt.<sup>29</sup> In der Präambel wird auf die „antiislamischen Maßnahmen des Tyrannen“ (Qaddafi) verwiesen und auf die Verpflichtung, diese Verfälschungen im Lichte des islamischen Glaubens auszumerzen. Demzufolge ist der Islam die Religion des Staates, die Scharia die Quelle der Gesetzgebung und die Sprache des Koran die Sprache aller Libyer; Erziehung soll auf dem Glauben an Gott basieren. In zwei umfangreichen Kapiteln (Kapitel 12: „Religion and creed“; Kapitel 13: „Mosques, religious endowments and zawias“) wird zwar für eine moderate („middle-of-the-road thought“) Islaminterpretation geworben, die aber allumfassend und alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringend sein soll. Diese Konzeption scheint durchaus die Mehrheitsposition der religiös konservativen Gesellschaft widerzuspiegeln und schlägt sich in verschiedenen islamfreundlichen Regierungsmaßnahmen nieder.

#### Die Regierungsmaßnahmen

Es sind die seit 2011 ergriffenen Regierungsmaßnahmen und verabschiedeten Gesetze, die einen Hinweis auf die Verfestigung des islamischen Profils Libyens insbesondere durch die im NTC und der Übergangsregierung vertretenen Islamisten geben.<sup>30</sup> Bei diesen Maßnahmen geht es weniger um die Zurücknahme der qaddafischen Kalenderreform Ende November 2011 und die verstärkte Vorbereitung für die Pilgerfahrt oder um die seit Oktober 2011 laufenden Diskussionen zur Wiedereinführung der Polygamie und die im Januar 2012 veranstalteten Workshops zur Einführung islamischer Banken;<sup>31</sup> dies sind alles Maßnahmen, die mit den Ankündigungen des NTC-Vorsitzenden Abd al-Jalil korrespondieren. Es geht vielmehr um die Positionierung der islamistischen Parteien und Organisationen für die Wahl zur Nationalkonferenz und damit indirekt für die Kommission zur Ausarbeitung der zukünftigen Verfassung. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Bestimmungen des Parteiengesetzes wichtig, das den politischen Handlungsspielraum islamistischer Parteien festlegt. In der ursprünglichen Version des Parteiengesetzes Nr. 29/2012 vom 24. April 2012, an dessen Formulierung die liberaleren Mitglieder und Menschenrechtsaktivisten des NTC wesentlichen Anteil hatten, wurde festgelegt, dass die Gründung von Parteien auf religiöser, regionaler, ethnischer Basis verboten ist. Dies löste unter den Vertretern der

islamistischen Parteien – darunter die Partei für Gerechtigkeit und Wiederaufbau der Muslimbrüder und die Watan-Partei – massive Proteste aus, weil sie dadurch von der Wahl ausgeschlossen worden wären.<sup>32</sup> Der modifizierte und am 2. Mai 2012 verabschiedete Gesetzestext ist eine Reaktion auf diese Proteste; die zuvor monierten Gesetzespassagen wurden ersatzlos gestrichen. Parteien auf religiöser Basis wurden damit zugelassen; allerdings bleiben weiterhin Parteien verboten, die mit „bewaffneten Gruppen“ verbunden sind und solche, die Aktivitäten entfalten, die der Scharia widersprechen.<sup>33</sup>

Hinzuweisen ist schließlich noch auf drei am 2. Mai 2012 vom NTC verabschiedete Gesetze: Während ein Gesetz die zukünftige Preisung des Qaddafi-Regimes, der Person Qaddafis und seiner Ideologie (einschließlich seiner Islampolitik) mit Gefängnis bestraft und ein weiteres Gesetz alles Vermögen früherer Repräsentanten des Regimes konfisziert, droht ein drittes Gesetz all jenen mit Gefängnis, die „die Revolution des 17. Februar, den Islam und die Autorität des Staates und seiner Institutionen“ beschmutzen.<sup>34</sup> Damit wird es schwierig, den Staat, der den Islam zur Staatsreligion erhoben hat und angibt, schariakonform agieren zu wollen, zu kritisieren. Schwierig wird es aber auch, den islamischen Referenzrahmen insgesamt in Frage zu stellen, weil der NTC am 19. Juni 2012 in einer Erklärung (Erklärung Nr. 7/2012) festlegte, dass im künftigen Verfassungsreferendum nicht über die Bestimmung „Die islamische Scharia ist die Quelle der Gesetzgebung“ abgestimmt werden darf.

### *2.3. Die neuen religiösen Akteure: Persönlichkeiten, Parteien, Gruppen*

In der gegenwärtigen Entwicklungsphase Libyens ist es wegen der breiten Zustimmung in der Bevölkerung zur verfassungsmäßigen Verankerung der Scharia als Grundlage der Gesetzgebung für alle Akteure (ob Einzelpersonlichkeiten oder Parteien) opportun, ihre Position zum Islam zu verdeutlichen, wenn sie in Zukunft gesellschaftspolitischen Einfluss ausüben wollen. „Marja`iya islamiya“, also der islamische Referenzrahmen, ist seit Anfang 2012 einer der zentralen Begriffe in der politischen Auseinandersetzung Libyens geworden. Der islamische Referenzrahmen wird zwar unterschiedlich ausgefüllt und ist zwangsläufig bei den Muslimbrüdern deutlich rigider als bei liberalen Parteien. Doch letztendlich können auch diese nicht umhin, sich islamisch zu positionieren, wenn sie nicht von vorneherein als säku-

lar-atheistische Partei in der konservativen libyschen Gesellschaft marginalisiert und isoliert werden wollen. Selbst Mahmud Jibril, der für seine säkularen Positionen bekannte erste Leiter (Premierminister) des Exekutivbüros des NTC von März bis November 2011, gründete folglich Mitte Februar 2012 keine „säkulare“ Parteienallianz, sondern eine „moderat islamische“.<sup>35</sup>

### Individuelle Persönlichkeiten

Der religiöse Kurs Libyens wird seit 2011 hauptsächlich von vier Personen diskursiv bestimmt. Sie unterscheiden sich allerdings im Wirkungsgrad und bezüglich der Zielgruppe.

Über den größten Wirkungsgrad verfügt seit seiner Ernennung zum Großmufti durch den NTC im Mai 2011 zweifellos Scheich Sadiq al-Ghariani.<sup>36</sup> Scheich al-Ghariani, 1942 geboren, steht der salafistischen Bewegung nahe, ist Autor von 32 Büchern und eine anerkannte religiöse Autorität in Libyen. Seit den 1990er Jahren Professor für islamische Studien an der Universität al-Fatih in Tripolis, wurde er seit 2006 von Saif al-Islam al-Qaddafi als Vermittler zwischen dem Regime und der LIFG herangezogen und war somit aktiv am nachfolgenden Versöhnungsprozess beteiligt. Nach Ausbruch der Proteste gegen das Qaddafi-Regime im Februar 2011 schloss sich Sadiq al-Ghariani, der grundsätzlich die qaddafische Islampolitik ablehnte, dem NTC in Banghazi an, der ihn schließlich im Mai 2011 zum Großmufti des freien Libyen ernannte. Scheich al-Ghariani ist ein politischer Mufti, der mit eigener Fernsehsendung seit Sommer 2011 und mit einer wöchentlichen Predigt in der Murad Agha Moschee in Tajura den Gläubigen den schariakonformen Weg weist bezüglich dessen, was erlaubt (halal) und was verboten (haram) ist, und zugleich politische Entwicklungen mit Fatwas und Aufklärungsfaltblättern<sup>37</sup> begleitet. So hat Scheich al-Ghariani ganz im Sinne des NTC im März 2012 den Autonomie- und Föderalismusbestrebungen in der Cyrenaika wegen der Spaltungsgefahr für die Nation eine Absage erteilt. „The Cyrenaica autonomy declaration is the beginning of the division of Libya and a move away from the law of god.“<sup>38</sup> Er unterstützte persönlich die Verschmelzung der in Tripolis stationierten Brigaden mit der United Tripoli Revolutionary Brigade am 13. März 2012. Die Teilnahme an den für den Institutionenaufbau in Libyen wichtigen Wahlen im Juni 2012 bezeichnete er als „islamische Pflicht und als Recht aller Männer und Frauen“.<sup>39</sup>

Nach Jahren ohne religiöse Führung im klassischen Sinne gilt Großmufti Scheich al-Ghariani deshalb in Libyen gegenwärtig als religiöse Orientierungsinstanz, an dessen Fatwas man sich orientiert.

Ähnliches gilt für den mit Scheich al-Ghariani eng befreundeten Religionsminister Scheich Hamza Abu Faris (geboren 1946),<sup>40</sup> dessen Öffentlichkeitswirkung trotz gelegentlicher Fernsehauftritte allerdings erst seit seiner Ernennung zum Minister im November 2011 ähnlich umfassend ist. Wie Scheich al-Ghariani verfügt auch Scheich Abu Faris dank seiner langjährigen Lehrtätigkeit in Banghazi und Tripolis zudem über ein breitgestreutes Netz von Schülern, die heute in zahlreichen Führungsfunktionen sitzen. Autor mehrerer islamwissenschaftlicher Werke, ist Scheich Abu Faris im post-qaddafischen Libyen eine religiöse Referenzperson, deren Rat und Kommentar eingeholt und gehört wird.

Die dritte Person mit religionspolitischer Ausstrahlung ist Dr. Ali al-Sallabi (geboren 1963),<sup>41</sup> der unter Qaddafi acht Jahre im berüchtigten Abu-Slim-Gefängnis verbrachte, 1988 nach Saudi-Arabien (Islamstudien) ausreiste und danach in Katar wirkte, wo er enge Beziehungen zu Scheich Dr. Yusuf Qaradawi<sup>42</sup> pflegte. Seit Mitte der 2000er Jahre unterstützte er auf Ersuchen Saif al-Islam al-Qaddafis als Vermittler den Versöhnungsprozess mit der bewaffneten islamistischen Opposition. Er kehrte 2011 nach Libyen zurück. In den internationalen Medien wurde er häufig als „prominent and influential Islamist cleric“ oder als „spiritual guide“ bezeichnet, der die Zukunft des neuen Libyen maßgeblich beeinflussen wird.<sup>43</sup> Die Entwicklungen 2012 zeigten, dass diese Einschätzungen übertrieben waren, denn im Unterschied zu Scheich al-Ghariani und Scheich Abu Faris beruht die gegenwärtige Prominenz von Dr. Ali al-Sallabi eher auf seiner häufigen Präsenz im katarischen Satellitenfernsehsender Al-Jazira als auf seiner religiösen Gelehrsamkeit. Sallabi wird mehr als Politiker und populistischer Redner, weniger als Alim (Gelehrter) wahrgenommen (der er durchaus aufgrund der Vielzahl seiner Publikationen ist) mit der Folge, dass er, insbesondere nach seiner Parteigründung im November 2011, in die komplizierten innenpolitischen Auseinandersetzungen involviert ist.<sup>44</sup> Sein religiöser und politischer Einfluss ist dadurch deutlich relativiert worden; von libyschen Kommentatoren wird er als „sinkender Stern“ eingestuft. In der libyschen Öffentlichkeit wird er insbesondere als Gefolgsmann Katars und als Befürworter einer strikten Auslegung der Scharia gesehen, auch wenn er in öffentlichen Auftritten für einen „moderaten Islam“ eintritt.<sup>45</sup>

Die vierte Persönlichkeit, die im post-qaddafischen Libyen zumindest über einen gewissen religionspolitischen Einfluss verfügt, ist der frühere LIFG-Emir Abd al-Hakim Belhaj, von August 2011 bis zu seinem Rücktritt am 14. Mai 2012 Vorsitzender des einflussreichen Militärrates von Tripolis. Belhaj, der als weiteres prominentes Mitglied der sogenannten Katar-Connection<sup>46</sup> gilt, verfügt über eine hohe nationale wie internationale Prominenz und eine wenngleich quantitativ nicht exakt zu bestimmende Gefolgschaft vor allem unter den islamistischen Brigaden, so dass seine religionspolitischen Positionen mit Aufmerksamkeit registriert werden. Auch wenn diese noch nicht im Detail bekannt sind, außer dass er Libyen als einen islamischen Staat definiert, darf die Vergangenheit von Belhaj als LIFG-Emir und seine früheren Al-Qaida-Kontakte nicht dazu verleiten, in der Zukunft von ihm extremistische Positionen zu erwarten.<sup>47</sup> Der bewaffnete Kampf in den 1990er Jahren, von dem sich die LIFG zudem mit der Revision der Gewaltstrategie 2009 lossagte, richtete sich gegen die qaddafische Islampolitik; mit dem Ende des Qaddafi-Regimes und den Korrektivmaßnahmen des NTC ist der ursprüngliche Anlass für den Kampf entfallen. Heute gelte es, so Belhaj, neue staatliche Institutionen aufzubauen und eine Verfassung auszuarbeiten. Er selbst will sich im Rahmen der Vaterlandspartei (Hizb al-watan) dafür engagieren,<sup>48</sup> die sich in ihrem Programm als politische, nicht als religiöse Partei versteht.

#### Die Muslimbruderschaft und die Islamische Bewegung für Wandel

Die libysche Muslimbruderschaft (Jama'at al-ikhwan al-muslimin) ist die älteste religiös geprägte Organisation in Libyen, die bereits 1949 in der Cyrenaika entstanden ist und seither mehrere Phasen politischer Duldung und Repression durchstand.<sup>49</sup> Seit dem Sturz Qaddafis verfügt sie über nie zuvor gekannte öffentliche Handlungsspielräume. Die Muslimbruderschaft, die ideologisch weitestgehend der Linie der ägyptischen Mutterorganisation folgt, stand zwar in Opposition zu Qaddafis Islampolitik, trug aber in der Hoffnung auf reale politische Reformen gemäß Beschluss ihres 8. Nationalkongresses (Januar 2007 in Genf)<sup>50</sup> den 2006 eingeleiteten Prozess der nationalen Versöhnung mit. Nach Beginn der Proteste gegen das Regime und der Befreiung der Cyrenaika von der Qaddafi-Herrschaft im Februar 2011 begann umgehend der Ausbau der Organisation.

Die Muslimbruderschaft gilt nicht nur als die am besten strukturierte und organisierte islamistische Organisation Libyens, sie ist auch diejenige mit der breitesten sozialen und regionalen Basis. Die unter Qaddafi vorhandene regionale Beschränkung vorrangig auf die Cyrenaika, wo die Bruderschaft noch immer sehr stark ist,<sup>51</sup> ist seit dem politischen Umbruch 2011 durch die Rekrutierung neuer Mitglieder in Tripolitaniern deutlich ausbalanciert worden. Die Muslimbruderschaft stärkte vor allem im Großraum Tripolis ihren Einfluss: Zum einen vermochte sie es seit September 2011 trotz Gegenreaktionen lokaler Imame<sup>52</sup> zahlreiche Moscheen zu kontrollieren; zum anderen dominiert sie spätestens seit Herbst 2011 auch innerhalb der 17. Februar-Koalition und dem Lokalrat von Tripolis, der von dem Muslimbruder Abd al-Razik Abu Hajar präsiert wird.

Vom Erscheinungsbild her sind viele Muslimbrüder nach interner Absprache als solche nicht auf den ersten Blick zu erkennen (rasierter Bart, westliche Kleidung). Exemplarisch gilt das für Nizar Kawan, das „junge und liberale Sprachrohr der Bruderschaft in Al-Jazira seit Oktober 2011“ – so ein libyscher Kommentator im Gespräch mit dem Autor im Mai 2012.

Die expandierende Muslimbruderschaft, die sich seit 2011 in vielen Erklärungen populistisch zum Garanten der Revolutionsziele aufschwang und sich für die schnelle Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit im Lande aussprach, hielt nach der Proklamation der Befreiung Libyens vom 17.–19. November 2011 in Banghazi ihren 9. Nationalkongress ab. An dieser ersten öffentlichen innerlibyschen Veranstaltung seit Dekaden nahmen über 700 Delegierte teil.<sup>53</sup> Haupttagesordnungsordnungspunkte waren die Neuwahl des Führers der Muslimbruderschaft,<sup>54</sup> der Ausbau der Führungsstrukturen (neben der personellen Erweiterung des Majlis al-shura u.a. die Gründung eines Exekutivkomitees) und die weitere Strategie zur Verankerung der Bruderschaft in der libyschen Gesellschaft, die zukünftige Arbeitsagenda und die Diskussion darüber, ob die Bruderschaft eine Partei gründen soll, um sich besser am politischen Prozess, einschließlich der im Juli 2012 anstehenden Wahlen zur Nationalkonferenz, beteiligen zu können. Diese Diskussion wurde mit dem Beschluss zur Gründung einer eigenständigen Partei, der Partei für Gerechtigkeit und Aufbau (Hizb al-adala wal-bina') positiv entschieden; zugleich wurde formell beschlossen, dass die Bruderschaft – wie auch die Partei – die Idee bzw. den Aufbau

eines „Zivilstaates“ (Dawla madaniya) auf der Basis islamischer Werte unterstützen sollen.<sup>55</sup>

Die Islamische Bewegung für Wandel (al-Haraka al-islamiya lil-taghiir) ist eine Übergangsorganisation der Jahre 2011/2012. Die LIFG, die 2009 dem bewaffneten Kampf abschwor und sich als Folge des nationalen Versöhnungsprozesses 2010 quasi selbst aufgelöst hatte, formierte sich nach Beginn des politischen Umbruchs seit Ende Februar 2011 im ostlibyschen Ajidabiya neu. Den Kern der neuen zivilen Organisation bildeten die ehemaligen LIFG-Kader; die Organisation gab sich der politischen Zielsetzung entsprechend den Namen Islamische Bewegung für Wandel.<sup>56</sup> Zu diesem Zeitpunkt war weder das Ende des Qaddafi-Regimes noch die zukünftige Möglichkeit zur politischen Betätigung absehbar. Nach dem Ende des Qaddafi-Regimes im August 2011 brach wegen der divergierenden Interessen der ehemaligen LIFG-Führungsmitglieder die Islamische Bewegung für Wandel schnell auseinander: Während sich der frühere LIFG-Emir Abd al-Hakim Belhaj zunächst auf seine militärische Funktion konzentrierte und ab Ende 2011 dem National Gathering annäherte, gründeten einige Mitglieder die Umma-Partei oder integrierten sich in andere Organisationen.

## Parteien

Seit Sommer 2011, als sich der Sturz des Qaddafi-Regimes abzeichnete, wurden in Libyen rund 140 Parteien und Parteienallianzen (Stand Juni 2012) gegründet, die sich am politisch-institutionellen Wiederaufbau des Landes beteiligen wollen. Diese Parteien unterscheiden sich zwangsläufig hinsichtlich ihrer Ausrichtung/Programmatik, ihrer sozialen Basis und ihrer regionalen Verbreitung. Nach Ansicht von libyschen Politikern, Journalisten und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen ist davon auszugehen, dass neben der von Mahmud Jibril angeführten liberal-islamischen Allianz der Nationalen Kräfte vor allem die islamistischen Parteien, die mit zu den größten des Landes zählen, den weiteren politischen Kurs, insbesondere den Verfassungsgebungsprozess, mitbestimmen werden. Die drei einflussreichsten islamistischen Parteien,<sup>57</sup> die hierbei eine Hauptrolle spielen, sind:

- Die Partei für Gerechtigkeit und Aufbau (Hizb al-adala wal-bina'): Die Partei wurde von den Muslimbrüdern nach dem entsprechenden Plazet ihres Nationalkongresses im November 2011 anlässlich einer

dreitägigen Veranstaltung mit 1.360 Mitgliedern<sup>58</sup> aus achtzehn libyschen Städten am 3. März 2012 in Tripolis formal gegründet. Nach eigenen Angaben soll sie unabhängig von der Bruderschaft agieren und keine Partei sein, die ausschließlich Muslimbrüder sammelt (angestrebt sind 35 Prozent Mitglieder von außerhalb der Bruderschaft). Die Übernahme von Führungsfunktionen in beiden Organisationen in Personalunion ist deshalb untersagt. Zum ersten Präsidenten wurde in einer Kampfabstimmung mit 51,5 Prozent der Delegiertenstimmen der aus Misrata stammende ehemalige politische Gefangene Muhammad Sawan gewählt.<sup>59</sup> Zugleich wurde das Exekutivbüro der Partei (fünfzehn Mitglieder) und das 48-köpfige Oberste Komitee gewählt. Die Partei, „a national, civil party with an Islamic frame of reference“ (so Parteimitglied Salam al-Haram), betont die Scharia als zentrale Rechtsquelle und dasjenige Instrument, mit dem „alle Differenzen im Lande gelöst werden können“. Angesichts einer massiven Werbekampagne gerade auch unter libyschen Frauen steigt die Mitgliederzahl der Partei (glaubhaft) kontinuierlich an; genaue Zahlen wurden aber nicht mitgeteilt.

- Die Vaterlandspartei (Hizb al-watan): Die Vaterlandspartei wurde ursprünglich bereits im April 2011 von Ali al-Sallabi und dem prominenten langjährigen islamistischen politischen Gefangenen Muhammad Busedra unter Mitwirkung von Ali und Abd al-Hakim Belhaj sowie einiger Muslimbrüder als National Gathering for Freedom, Justice and Development (al-Tajammu' al-watani min ajli al-hurriya wal-adala wal-tanmiya) formlos begründet; nach der Proklamation der Befreiung Libyens im Oktober 2011 wurde im November der formale, öffentliche Gründungsschritt vollzogen. Bereits die Namensgebung weist auf die parteipolitischen Bezugspunkte, nämlich die türkische AKP und die ägyptische Freedom and Justice Party der Muslimbrüder, hin. Inhaltlich strebte die Nationale Sammlungsbeziehung eine auf der Scharia basierende Verfassung und eine moderate islamische Demokratie an.<sup>60</sup> Nach internen Problemen im Dezember 2011<sup>61</sup> konsolidierte sich die Sammlungsbeziehung im Januar 2012 und beschloss, sich unter dem Namen Vaterlandspartei zu konstituieren. Die Registrierung erfolgte im Mai, nachdem die Partei ihr selbstgestecktes Ziel erreicht hatte, in mindestens 24 libyschen Städten mit Büros oder Repräsentanzen präsent zu sein. Die Partei, die für Parteienpluralismus und Regionalentwicklung eintritt, seit Jahresanfang 2012 auf zahlreichen offenen Veranstaltungen für sich warb und parallel zu den Diskussionen ihr Parteiprogramm<sup>62</sup> erstellte, hat besonders großen Zulauf von jungen Erwach-

senen und Frauen, die parteiintern über zwei zentrale Parteikomitees (Frauen- und Jugendkomitee) Einfluss ausüben. Parteikader Imhammad Ghula äußerte im Gespräch mit dem Autor die Auffassung, dass die landesweit präsente Partei nach den Muslimbrüdern über die meisten Mitglieder verfüge. Die genaue Führungsstruktur der Partei, insbesondere die Rolle von Ali al-Sallabi und Abd al-Hakim Belhaj, war anfänglich unklar. Ende Mai 2012 gab Abd al-Hakim Belhaj jedoch offiziell bekannt, dass er den Militärrat Tripolis verlassen habe und zur Übernahme politischer Funktionen bei den Wahlen zur Nationalkonferenz im Juli 2012 für die Partei antreten werde;<sup>63</sup> Anfang Juni wurde er als Vorsitzender der Partei bezeichnet. Als Mitbegründer der Partei gilt Muhammad Ba'ayu. Gemäß der im Programm in einem eigenen zweiseitigen Abschnitt formulierten „Marja`iya islamiya“ versteht sich die Partei explizit als politische (Hizb siyasi), nicht als religiöse Partei (Hizb dini), plädiert aber dafür, dass der Islam bei allen Entscheidungen als „Rahmen“ (Itar) berücksichtigt wird.<sup>64</sup>

- Die Umma-Partei (Hizb al-umma): Die im April 2012 gegründete Partei sammelt in ihren Führungsgremien zahlreiche ehemalige LIFG-Kämpfer<sup>65</sup> und versucht insbesondere, unter den Mitgliedern der islamistisch orientierten Brigaden Unterstützer zu werben. Die soziale Basis und auch die landesweite Präsenz sind dadurch allerdings eingeschränkt. Die Partei, deren Wahl-/Erkennungssymbol ein Baum ist, tritt neben „Würde und Wohlstand für alle Libyer“ (Motto) in der politischen Zielsetzung für ein im Detail nicht näher präziertes islamisches Profil auf der Basis der Scharia ein.

Neben diesen drei islamistischen Hauptparteien existieren noch weitere Parteien mit feststellbarem religiösen Bezug, darunter die am 7. Januar 2012 in Banghazi von Khalid al-Warshafani, einem ehemaligen Mitglied der Muslimbruderschaft, gegründete Partei für Reform und Entwicklung (Hizb lil-islah wal-tanmiya); sie war die erste religiös ausgerichtete Parteigründung Libyens, verfügt allerdings nur über eine beschränkte geographische Verankerung. Die Partei tritt für die Anwendung der Scharia ein.

Zu erwähnen ist ferner die ebenfalls Anfang 2012 gegründete National Front Party (Hizb al-jabha al-wataniya),<sup>66</sup> die den parteipolitischen Zweig der im Oktober 1981 von Muhammad Yusuf al-Maqariyaf gegründeten National Front for the Salvation of Libya (al-Jabha al-wataniya li-inqadh libiya) darstellt. Die NFSL war über Jahre die größte li-

bysche Oppositionsbewegung im Exil und sammelte in ihren verschiedenen Fraktionen auch islamistische Oppositionelle. Sie unterstützte seit Februar 2011 die Protestbewegung und tritt derzeit in Libyen massiv mit aufklärerischen Publikationen über die Verbrechen des Qaddafi-Regimes in Erscheinung. Politisches Nahziel war die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalkonferenz im Juli 2012 und die Einflussnahme auf den Verfassungsgebungsprozess, um dort „islamische Werte“ zu verankern. Diesem Ziel ist die Partei inzwischen deutlich näher gekommen. Sie hat zwar nur drei Sitze in der Nationalkonferenz gewonnen, doch wurde am 9. August 2012 auf der ersten Sitzung der Nationalkonferenz Muhammad Yusuf al-Maqariya<sup>67</sup> als Sprecher der Nationalkonferenz und damit als De-facto-Staatsoberhaupt Libyens gewählt.

#### Die salafistische Bewegung Libyens

Nach dem Sturz des Qaddafi-Regimes und der damit wegfallenden Repression nutzten auch die diversen Gruppen der salafistischen Bewegung den neuen Handlungsspielraum zur (Re-)Organisation und Mitgliedererkrutierung sowie zu öffentlichen Aktivitäten. Anders als bei den Muslimbrüdern oder den islamistischen Parteien ist die Zusammensetzung der salafistischen Bewegung Libyens generell wenig transparent. Dies gilt auch für die Rolle von al-Sa'idi al-Qaddafi, dem noch zu Zeiten der Herrschaft seines Vaters Beziehungen zu den Salafisten nachgesagt wurden. Er soll 2011/2012 die Angriffe von Salafisten auf Sufis unterstützt haben<sup>68</sup> und gegenwärtig von seinem Exil im Niger aus die Gründung eines Islamischen (Tuareg-)Emirats im Süden Libyens betreiben.<sup>69</sup>

Die Salafisten interpretieren Salafismus als Geisteshaltung bzw. als geistige Strömung und stehen von daher festgefügt Organisationsstrukturen abweisend gegenüber. Sie versuchen, durch soziale und kulturelle Arbeit Vorbild zu sein und stützen sich dabei auf ein ausgeprägtes islamisches Referenzsystem; oberstes Prinzip ist die absolute Disziplin gegenüber den religiösen Gesetzen und Pflichten. Ihre Marja`iya islamiya ist gleichsam eine Verbotskultur, wo per Fatwa definiert wird, was nicht erlaubt (haram) ist. Diese Verbotskultur bestimmt ihr Denken und ihr Verhalten. Gemeinsam ist den salafistischen Gruppen in Libyen die Forderung nach Einführung des Kalifats, die Ablehnung eines auf Volkssouveränität beruhenden demokratischen Systems und von Parteien,<sup>70</sup> die Forderung nach absolutem

Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, zumindest solange diese scharia-konform handelt, die Forderung nach Einführung der Hadd-Strafen und die Forderung der Verschleierung von Frauen mindestens mit dem Hijab,<sup>71</sup> besser noch mit dem Vollschleier, dem Niqab. Sie teilen ferner die Forderung nach strikter Geschlechtertrennung im öffentlichen Raum, insbesondere in den Bildungseinrichtungen und im öffentlichen Transportwesen. Charakteristisch ist zudem ihre antischiitische und antisufische Einstellung.

Nach Angaben libyscher Gesprächspartner gliedert sich die libysche salafistische Bewegung unabhängig von den genannten Gemeinsamkeiten grob in drei Tendenzen:

- eine (allerdings minoritäre) libysch-nationalistische Tendenz: Sie vertritt in ihrem Handeln eine Richtung, die ohne externe Referenz auskommt; sie stützt sich vielmehr auf Werke von Großmufti Scheich al-Ghariani und Scheich Muqbil sowie auf die eigene Interpretation von Koran und Sunna. Ihre Mitglieder betreiben Kulturarbeit und missionieren mit Flugblättern<sup>72</sup> für ihre Ziele. Sie halten auch Frauen zur Verschleierung an („religiöse Pflicht“).<sup>73</sup>
- eine saudisch orientierte Tendenz: Ihre starke Orientierung auf Saudi-Arabien hängt mit der Pilgerfahrt nach Mekka und sich daran anschließenden längeren Studienaufenthalten ihrer führenden Prediger zusammen. Die Prediger dieser Tendenz folgen eng ihren saudischen Lehrmeistern (u.a. Muhammad Nasr al-Din al-Albani, Scheich Salam al-Awda, Muhammad Ibn Salah al-Uthaimin, Scheich Abd al-Aziz Ibn Baz) und sind deutlich intoleranter und rhetorisch aggressiver als die Anhänger der „libyschen Strömung“.
- eine jihadistisch ausgerichtete Tendenz mit hoher Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegen Ungläubige (Kuffar), womit de facto alle Nichtgruppenmitglieder gemeint sind (generell alle Nichtmuslime, aber auch die gemäßigten Muslime, die sich nicht an die wortgetreue Auslegung des Koran halten). Diese Tendenz wird auch als „Salafiya munadila“ (kämpferische Salafisten) bezeichnet und be ruft sich auf Scheich Muhammad Bishti, der seinen Widerstand gegen Qaddafis Islampolitik 1985 mit dem Leben bezahlte. Die Grenzen zu den radikalen Mitgliedern der saudischen Tendenz sind fließend. Es waren z. B. Anhänger des radikalen saudischen Salafisten Rabi` Ibn al-Hadi al-Madkhali, die am 28. Februar 2012 Gräber auf dem britischen Soldatenfriedhof von Banghazi schändeten.<sup>74</sup>

Die geographische Verbreitung der Salafisten ist tendenziell im Westen und im Süden Libyens ausgeprägter als in Ostlibyen (Cyrenaika), wo die dynamische Bewegung der Muslimbrüder stärker das Feld besetzt. Abgesehen von den salafistischen Anführern/Predigern, die in der Regel in Saudi-Arabien Studienaufenthalte absolvierten, gilt die große Masse der Salafisten als ungebildet und als leseschwach. Die meisten Salafisten sind denn auch weniger über schriftliches Material zur Bewegung gestoßen als durch Musik- und Videokassetten und wurden durch die rhetorische Überzeugungskraft der Prediger angezogen.

### Gewaltbereite islamistische Gruppen

Die gewaltbereiten islamistischen Gruppen in Libyen haben einen radikalen Wandel durchgemacht. Die (erste) Generation der Jihadisten der 1990er Jahre, in erster Linie die LIFG, distanzierte sich seit den 2000er Jahren von der Gewaltstrategie; sie will heute die Möglichkeiten nutzen, über Parteiorganisationen politischen Einfluss auszuüben. Im Gegensatz zu ihnen haben die, vor allem seit dem Kampf gegen das Qaddafi-Regime 2011 neu gegründeten, gewaltbereiten jihadistischen Gruppen (quasi der 2. Generation) eine ähnliche Bereitschaft nicht erkennen lassen. Im Unterschied zur LIFG, die gegen die Ketzerie Qaddafis ankämpfte, treten die heute aktiven Gruppen für die Errichtung eines Kalifats/islamischen Emirats Barqa<sup>75</sup> ein oder gehen gegen Sufis vor, die in ihren Augen Ungläubige bzw. Ketzer sind, die Heiligenverehrung und damit Götzendienerei (Shirk) praktizieren.

Die Sufi-Bruderschaften, die neben den zur Parteibildung bereiten Islamisten und den Salafisten die dritte religiöse Bewegung in Libyen darstellen, mussten sich seit den 1990er Jahren ebenfalls mehrfach wechselnden Rahmenbedingungen anpassen.<sup>76</sup> Die Angriffe salafistisch-jihadistischer Gruppen auf Sufischreine (Maraboutgräber) ab Oktober 2011, darunter die Masri-Moschee in Tripolis mit dem Grab von Salim Abu Saif Anfang Oktober 2011, die Nasr-Moschee in Tripolis mit den Gräbern von Saif al-Nasr und Imam Hammad Zwai am 17. Januar 2012, das überregional berühmte Grabmal von Scheich Abd al-Salam al-Asmar in Zliten am 10./11. März 2012 sowie die endgültige Zerstörung am 24. August 2012, das Mausoleum al-Sha'ab in Dahmani/Tripolis und das Mausoleum von Ahmad al-Zarruq in Mistrata am 25. August 2012 stellen allerdings ein Novum dar.<sup>77</sup>

Gegenwärtig gibt es weder verlässliche Angaben über die Mitgliederzahl gewaltbereiter bewaffneter libyscher Gruppen, noch exakte Angaben über ihre regionale Verankerung und ihre Kooperation mit bewaffneten Gruppen außerhalb Libyens wie Al-Qaida<sup>78</sup> folglich ist auch nicht überprüfbar, ob der in ausländischen Medien behauptete generelle Aufschwung radikaler (gewaltbereiter) Islamisten nach dem Zusammenbruch des Qaddafi-Regimes zutrifft.<sup>79</sup> In den libyschen Medien (oder auf Youtube) nachgewiesene Meldungen über isolierte Vorfälle wie das (kurzzeitige) Hissen der Qaida-Flagge auf dem Gerichtsgebäude in Banghazi am 7. November 2011,<sup>80</sup> oder die Fahrt eines Al-Qaida-Konvois durch Sirt am 23. März 2012,<sup>81</sup> sind wegen der hohen Manipulationsgefahr kein verlässliches Indiz für eine verankerte Präsenz gewaltbereiter Gruppen. Andererseits ist ihre Präsenz auch nicht zu leugnen. Am 6. Juni 2012 verübten die Brigades of the Imprisoned Sheikh Omar Abdul Rahman einen Anschlag auf das US-amerikanische Konsulat in Banghazi; am 8. Juni demonstrierten rund 300 bewaffnete Mitglieder der Ansar al-Shari'a mitten in der Stadt ihre Macht und forderten die sofortige Einführung der Scharia;<sup>82</sup> am 11. Juni kam es ebenfalls in Banghazi zu einem Anschlag auf einen Konvoi britischer Diplomaten, am 12. Juni zu einem Brandanschlag auf einen Schönheitssalon, am 18. Juni zu einem Anschlag auf das tunesische Generalkonsulat. Auslöser für einen Teil dieser Anschläge waren externe Anlässe wie z. B. die Tötung des libyschen Qaida-Führers Abu Yahia al-Libi durch eine US-Drohne in Pakistan und die Unterstützung der salafistischen Agitation in Tunesien. Auch die Aussage des ehemaligen LIFG-Kämpfers Abd al-Hakim al-Hasidi vom März 2012 über fortbestehende Kontakte zu Al-Qaida<sup>83</sup> ist sicherheitspolitisch ernst zu nehmen, selbst wenn keinerlei Nachweise darüber vorliegen, welchen Umfang das involvierte Personenkontingent hat. Eine weitere Destabilisierung der ohnehin prekären Sicherheitslage Libyens durch gewaltbereite salafistisch-jihadistische Gruppen ist vorerst zwar nicht zu erkennen, aber mittelfristig auch nicht auszuschließen. Allerdings gilt auch: In dem Maße, in dem sich der NTC bzw. ab Juli 2012 die neuen Institutionen (Nationalkonferenz; demokratisch legitimierte Regierung) einschließlich der nationalen Armee konsolidieren, wird eine Destabilisierung immer unwahrscheinlicher, weil die gut honorierten Arbeitsplätze vor allem innerhalb der Sicherheitsorgane ihre Sogwirkung entfalten werden.

### 3. Perspektiven

Die zukünftige politische Entwicklung Libyens ist angesichts der vielen Variablen schwerlich im Detail vorauszusagen. Abzusehen ist aber, dass sich der Prozess der Institutionenbildung nach der Wahl zur Nationalkonferenz am 7. Juli 2012 mit der Ausarbeitung einer Verfassung und nachfolgenden regulären Parlaments- und Präsidentschaftswahlen (2013) sowie dem weiteren Aufbau nationaler Sicherheitskräfte fortsetzen wird. Angesichts einer Wählerregistrierung von über 2,7 Millionen (80 Prozent aller Wahlberechtigten) im Vorfeld der Nationalkonferenzwahlen und einer Wahlbeteiligung von rund 65 Prozent ist zudem davon auszugehen, dass die libyschen Bürger und Bürgerinnen auf die politische Zukunft aktiv Einfluss nehmen wollen.

Neben den unabhängigen Kandidaten und dem Wahlsieger Allianz der Nationalen Kräfte werden auch die islamistischen Parteien<sup>84</sup> in den Fortgang der Institutionenbildung und die Ausarbeitung der neuen libyschen Verfassung eingebunden sein. Der islamische Charakter Libyens wird – sowohl in der Verfassung und den Gesetzen als auch im öffentlichen Leben insgesamt – nach den langen Jahren abweichender qaddafischer Islampolitik wieder gestärkt werden. Dies ist zum einen der generell konservativen islamischen Gesellschaft Libyens geschuldet, zum anderen ist diese Entwicklung das Resultat des politischen Engagements der seit 2011 entstandenen islamistischen Parteien und der Muslimbruderschaft. Der Bezug zur Marja`iya islamiya wird allerdings kein extremer sein, weil sowohl islamistische Parteien wie die Vaterlandspartei für eine gemäßigte Islamisierung des gesetzlichen Regelwerks plädieren, als auch die bestehenden und einflussreichen nichtislamistischen Parteien (wie der Wahlsieger Mahmud Jibril mit seiner liberal ausgerichteten Allianz der Nationalen Kräfte) und zivilgesellschaftliche Vereinigungen (Frauen, Menschenrechtsaktivisten), die sich angesichts islamistisch-salafistischer Aktivitäten seit Ende 2011 zunehmend mobilisieren, hier bremsend wirken: So wird es keine Einführung des islamischen Strafrechts und auch keine neue Vormundschaftsregelung für Frauen geben. Beides ist – so mehrfach libysche Gesprächspartner – im Libyen des Jahres 2012 nicht mehr durchsetzbar. Dies schließt Herausforderungen auch in Zukunft nicht aus. Gewaltbereite salafistische Gruppen werden weiterhin versuchen, ihre sich um Kalifat und Hadd-Strafen drehenden islamischen Gesellschaftskonzeptionen aufzuzwingen: mehrheitsfähig sind sie indes nicht. Sie können höchstens die Sicherheitslage zeitweise verschlech-

tern und den trotz der Wahlen immer noch komplizierten Transformationsprozess erschweren und verzögern.

Außenpolitisch wird sich die bereits seit 2011 feststellbare Abstimmung insbesondere mit Tunesien und der Türkei, aber auch mit Ägypten fortsetzen, vor allem weil das Verständnis für die Probleme des Transformationsprozesses die Kooperation erleichtert. Unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten wird sich auch die Kooperation mit Algerien und Marokko verstärken, weil das Problem der instabilen Sahelzone, das sich seit der Machtübernahme durch die salafistische Gruppe Ansar Eddine in Nordmali im Juni 2012 drastisch verschärfte, nur durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Griff zu bekommen ist. Libyen steht hier – auch wenn die afrikapolitische Orientierung des Landes noch vollkommen offen ist – in besonderer Verantwortung, weil die militärische Ausrüstung der Ansar Eddine zum größten Teil aus libyschen Waffendepots stammt, die 2011 während des libyschen Bürgerkriegs geplündert worden waren. Die Eindämmung der von Libyen ausgehenden Waffenproliferation, sowie der Aktivitäten der Salafisten und der terroristischen Gruppen der Qaida im islamischen Maghreb, stärkt zugleich die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, die ihrerseits ein Interesse an der Stabilisierung der Sahelzone hat und mit strategischen Überlegungen (u.a. EU-Sahel-Security-Plan vom September 2011) auf die betroffenen Staaten zugegangen ist.

Die in diesem Zusammenhang seit 2011 bestehenden sicherheitspolitischen Kontakte zur Europäischen Union und einzelnen europäischen Staaten werden durch weitere Interessen gestärkt: Zum einen ist die wirtschaftliche Verflechtung Libyens mit europäischen Staaten historisch ausgeprägt und umfangreich, so dass nicht nur die Allianz der Nationalen Kräfte Jibrils für wirtschaftliche Offenheit eintritt. Zum anderen sind auch die außenpolitischen Kontakte zu zahlreichen europäischen Staaten (u.a. Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien) durch das schnelle Engagement zugunsten des NTC gut; laut mehrfachen Ankündigungen des NTC sollen sie privilegierte Wirtschaftspartner werden. Das sich moderat akzentuierende islamische Profil Libyens ist somit lediglich innenpolitisch, nicht jedoch außenpolitisch von Bedeutung.

- 1| Vgl. Sabra, Hasan: *Nihaya jamahiriya al-ru'b*, Beirut: Arab Scientific Publishers 2012, S. 343 ff. (*Mu'ammarr al-Qaddafi hal huwa muslim?*).
- 2| Vgl. Almasryalyoum, Kairo, 23.10.2011 (*Religious figures divided over treatment of Qadhafi's corps*), Ansamed, Rom, 24.10.2011 (*Grand mufti of Libya: Gaddafi an "infidel", no Islamic funeral*)
- 3| Vgl. im Detail Mattes, Hanspeter: *Libyen – staatliche Religionspolitik im Dienste der Septemberrevolution*, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): *Staatliche Religionspolitik in Nordafrika/Nahost. Ein Instrument für modernisierende Reformen?*, Hamburg 2007, S. 103–134.
- 4| Qaddafi entwickelte zu jener Zeit sein Konzept der Volksbewaffnung (Konzept des bewaffneten Volkes), das auch einen Wehrdienst für Frauen vorsah; dagegen opponierte das religiöse Establishment. Die in diesem Zusammenhang von Qaddafi gegründete Frauenmilitärakademie in Tripolis wurde im August 2011 von der Sa'dun-Suwehli-Brigade aus Misurata besetzt und später formal vom NTC aufgelöst.
- 5| Vgl. im Detail Mattes, Hanspeter: *Qaddafi und die islamistische Opposition in Libyen*, Hamburg 1995.
- 6| Vgl. *Libyan Islamic Fighting Group: Recantation document. Corrective studies in understanding jihad/dirasat tashihya fi mafahim al-jihad*, Tripolis 8.9.2009 (nur arabisch).
- 7| Solidaritätsdemonstrationen und Proteste ab 20. Februar in Tripolis und anderen Küstenstädten in Tripolitarien wurden zunächst brutal niedergeschlagen; lediglich die Küstenstadt Misurata konnte sich trotz massiver Gegenangriffe von qaddafiloyalen Streitkräften dauerhaft befreien.
- 8| Der Kampf gegen Qaddafi wurde von Rechtsgelehrten wie Scheich Qaradawi per Fatwa unterstützt; ein Fatwa vom 21.2.2011 erlaubte die Tötung Qaddafis, ein zweites Fatwa vom März 2011 erlaubte die Revolte gegen den ungerechten Herrscher und stellte fest, dass die „vom Westen“ bzw. von der NATO unterstützten Angriffe auf die Streitkräfte Qaddafis keinen „Kreuzzug“ darstellen, wie dies von Qaddafi behauptet wurde; vgl. *Globalmbreport*, 21.3.2011 (*Libyan opposition group cites Qaradawi statement in support of rebellion*).
- 9| Details vgl. *Al-Sharq al-Awsat*, London, 9.3.2011 (*Talks between Libya and Islamists stall*).
- 10| Vgl. *Globalmbreport*, 21.6.2011 (*Libya's Muslim brotherhood rejects call for negotiations*); vgl. auch *Al-Sharq al-Awsat*, London, 19.6.2011 (*Opposition reject Al-Qadhafi's bid to involve clerics to arbitrate Libyan Crisis*).
- 11| Vgl. *Tripoli Post*, Tripolis, 4.8.2011 (*Al Qathafi ready for pact with Islamists*), *Alarabonline*, 5.8.2011 (*Gaddafi seeks Islamist allies*).
- 12| Als Ergebnis eines internen Wahlprozesses wurde am 31.10.2011 Abd al-Rahim al-Kib vom NTC zum neuen Premierminister Libyens bestellt; al-Kib stellte in den folgenden fünf Wochen sein 28-köpfiges Kabinett zusammen, das am 4.12.2011 vor dem NTC vereidigt wurde.
- 13| Vgl. zur Person das Kurzprofil im Anhang.
- 14| Laut Religionsminister Abu Faris seien hier im Prinzip Grenzen dessen, was erlaubt und was verboten ist, zu setzen; welche Grenzen dies sind, sei aber noch vollkommen offen. Gespräch mit dem Autor, Msallata, Mai 2012.
- 15| *Magharebia*, 11.5.2012 (*Le ministre libyen des waqfs refuse la présence d'extrémistes dans les mosquées*).
- 16| Die Islamic Call Society/Jam'iyat al-da'wa al-islamiya, 1970 gegründet, war unter Qaddafi ein finanziell gut ausgestattetes Organ, dem weltweit die Mission von Qaddafis Islampolitik oblag. Die Missionsgesellschaft soll bestehen bleiben, aber noch ist vom NTC nicht entschieden, was die Ziele einer erneuerten Islamic Call Society sein sollen. Für Religionsminister Abu Faris steht aber fest, dass „Mission sehr wichtig ist“ („da`wa muhimm jiddan“).

- 17] *Es ist darauf hinzuweisen, dass die Anwesenheit ausländischer Prediger längst nicht von allen Gläubigen akzeptiert wird; gerade in Tripolitanien stoßen ostarabische salafistische und wahhabitische Prediger auf Ablehnung.*
- 18] *Der religiöse Berater Qaddafis, Khalid Tantush, der in den letzten Jahren im libyschen Fernsehen zugunsten des Regimes predigte und am 13.10.2011 von Streitkräften des NTC gefasst wurde, wird teilweise in der Presse auch als „Qaddafis Mufti“ bezeichnet; dies ist allerdings irreführend.*
- 19] *Vgl. Alarabonline, 16.4.2012 (Libya's mufti turns into moral compass for troubled times).*
- 20] *Vgl. den vollen, acht Seiten umfassenden Gesetzestext: Al-majlis al-watani al-intiqali – Libiya: Qanun raqm (15) lisana 2012 miladi bisha'n insha' dar al-ifta'; auf der Basis des Gesetzes wurde am 18.3.2012 Ghaith M. al-Fakhri zum stellvertretenden Großmufti ernannt.*
- 21] *Libya Herald, Tripolis, 15.3.2012 (Grand mufti says Fatwa office will speak out politically if necessary).*
- 22] *Bereits die Verabschiedung des Dokuments markiert einen Neuanfang gegenüber dem Qaddafi-Regime, das spätestens seit 1977 ohne Verfassung regierte. Die „Proklamation der Volksmacht“ vom 2.3.1977 umfasste nur eine Präambel und vier Punkte, die einen Orientierungsrahmen fixierten, ohne konkret Staatsstrukturen, Kompetenzen und Rechte festzuschreiben. Vgl. die englische Übersetzung des 37 Artikel umfassenden NTC-Dokuments von 2011; [http://www.wipo.int/wipolex/en/text.jsp?file\\_id=246953](http://www.wipo.int/wipolex/en/text.jsp?file_id=246953) (letzter Abruf: 28.8.2012).*
- 23] *Vgl. z. B. Ansamed, 24.10.2011 (Libya: sharia frightens West); der libysche Botschafter in Rom, Abd al-Hafiz Qudur, reagierte darauf und betonte mehrfach, dass Libyen zwar ein islamischer Staat, aber kein „Staat der Islamisten“ sei; vgl. u.a. Libya al-youm, Tripolis, 24.10.2011.*
- 24] *Details vgl. Middleeastonline, 13.9.2011 (Libya's interim leader pledges "moderate" Islamic rule).*
- 25] *Vgl. das Interview mit Abd al-Jalil in: Corriera della Sera, 24.10.2011, zitiert nach BBC Global Monitoring, London, 24.10.2011 (Libya's interim president backs "tolerant" Sharia as prime source for constitution).*
- 26] *Alarabonline, 23.10.2011 (NTC chief says Islamic law to prevail in Libya).*
- 27] *Vgl. National Libyan TV, 19.3.2012 zitiert nach BBC Global Monitoring, London, 19.3.2012 (Libyan NTC leader says shari'ah to play key role in future constitution).*
- 28] *Vgl. zur Konferenz Times of Malta, Valletta, 8.3.2012 (Libya brigades promise to turn over strategic sites); am 7.6.2012 trafen sich die islamistisch orientierten Gruppen und Brigaden erneut in Banghazi unter dem Motto „Let us unite to build Islamic Libya“.*
- 29] *Text in Libya al-youm, Tripolis, 8.3.2012 (arabisch); es existiert auch eine inoffizielle englische Übersetzung.*
- 30] *Auch wenn immer noch nicht alle der 74 Mitglieder des NTC (Stand Mai 2012) bekannt sind, ist davon auszugehen, dass eine gewisse Anzahl (wenngleich längst nicht die Mehrheit) der islamistischen Strömung zuzu-rechnen ist. Jedenfalls waren sowohl der nigrische Präsident Issoufouf bereits im Juli 2011 und der US-Republikaner Herman Cain Ende 2011 beunruhigt darüber, dass radikale Islamisten im NTC bzw. in der Regierung aktiv sind; vgl. Middleeastonline, 19.11.2011 (Taliban is part of Libya government). Der frühere Kulturbereiter Saif al-Islam al-Qaddafis, Muhammad al-Huni, behauptete gleichfalls, dass der NTC von „Muslimbrüdern, Qaida-Mitgliedern und Stammesmitgliedern“ durchsetzt sei (Libya al-youm, Tripolis, 19.7.2011). In einem Interview mit der arabischen Zeitung El-Khabar weist Abd al-Nasir al-Sa`dawi (Leiter des Politischen Rates von Surman) darauf hin, dass in der Regierung Islamisten aus den*

Reihen der Muslimbruderschaft und der LIFG (allerdings keine Salafisten) signifikant vertreten seien: So zählen Verteidigungsminister Usama Juwaili, Innenminister Fawzi Abd al-A'al, der Minister für Märtyrer Ashraf Bin Isma'il zu den Muslimbrüdern oder ihrem Umfeld; zudem sei der ehemalige LIFG-Emir Miftah al-Dhawadi Staatssekretär im Ministerium für Märtyrer; Außenminister Ashur Bin Hayal wiederum ist eng mit der National Front for the Salvation of Libya liiert, die ihrerseits gute Beziehungen zur Muslimbruderschaft unterhält. Vgl. El-Khabar, Algier, 24.11.2011 zitiert nach BBC Global Monitoring, London, 4.11.2011 (Libyan official says Islamists not marginalized in new government).

- 31| Das islamische Bankengesetz wurde vom NTC am 17.5.2012 verabschiedet.
- 32| Vgl. Libya Herald, Tripolis, 24.4.2012 (New laws ban religious, tribal and regional parties). Die Muslimbruderschaft betonte, dass selbst Radikale nicht ausgeschlossen werden sollten; vgl. Middleeastonline, 26.4.2012 (Libya's new law on political parties 'bankrupts' Islamists, federalists).
- 33| Al-Jazeera, 2.5.2012 (Libya reportedly drops ban on parties based on religious lines).
- 34| Vgl. Tripoli Post, Tripolis, 3.5.2012 (Libya criminalizes 'glorification' of Gaddafi, his regime, his sons).
- 35| Vgl. Magharebia, 23.2.2012 (Une nouvelle coalition politique en Libye prône un Islam modéré).
- 36| Zur Person vgl. das Kurzprofil im Anhang.
- 37| Scheich al-Ghariani ist der Autor von über einem Dutzend Faltblättern (Reihe: „Angelegenheiten, die dich interessieren“), in denen er u.a. zur Rolle von Lokalräten, der Bedeutung von Parteien im politischen Prozess oder der Notwendigkeit von Moderation (al-Wasatiya al-jadida) aus islamischer Sicht Stellung bezieht.
- 38| Vgl. hierzu Al-Jazeera, 18.3.2012 (Libyan mufti on need for unity). Aus demselben Grund kritisierte er am 31.5.2012 die iranischen Versuche, in Libyen das Schiitentum zu missionieren.
- 39| Libya Herald, Tripolis, 12.5.2012 (Voting is an Islamic duty and a right for men and women – Sadik al-Ghariani); Scheich al-Ghariani unterstützt auch die libysche militärische Hilfe an die syrische Oppositionsbewegung; am 2.6.2012 kritisierte er Iran wegen schiitischer Mission in Libyen.
- 40| Vgl. zur Person das Kurzprofil im Anhang.
- 41| Zur Person vgl. Kurzprofil im Anhang. Dr. Ali al-Sallabi Bruder Isma'il al-Sallabi (geboren 1976), 2004 im Rahmen des anlaufenden Versöhnungsprozesses aus der Haft entlassen, war 2011 Kommandeur einer der in Banghazi stationierten und von Katar massiv unterstützten oppositionellen Brigaden; gegenwärtig ist er Vizekommandeur der Revolutionsbrigaden (Tajammu' saraya al-thuwar). Bruder Usama al-Sallabi ist gleichfalls Prediger, aber weitaus weniger prominent als die anderen Brüder.
- 42| Der ägyptische Scheich Dr. Yusuf al-Qaradawi (geboren 1926), der seit 1961 in Katar lebt, ist Gründer der einflussreichen Internationalen Union muslimischer Gelehrter (deren Mitglied auch Sallabi ist); vgl. das Kurzprofil Qaradawis im Anhang (Länderrubrik Ägypten).
- 43| Vgl. z. B. The Record, Kitchener, Ontario, 13.12.2011 (Sallabi is seen as the shaper of a new Libya).
- 44| Hierzu zählt seine Kritik an Premierminister Jibril im September 2011, als er meinte, dieser habe wegen seiner säkularen Positionen die Revolution verraten; vgl. auch seine Kritik an der Regierungszusammensetzung im Dezember 2011, weil seiner Meinung nach zu wenige Islamisten berufen wurden.
- 45| Vgl. al-Ahram, Kairo, 10.10.2011 (Libyan Islamist demands role for 'moderate' Islam).

- 46] Die Staatsführung Katars unterstützte von Beginn an den NTC politisch, finanziell (laut Angaben Abd al-Jalils mit 2 Mrd. US-Dollar) und militärisch. Auf diese Entscheidung nahmen Yusuf al-Qaradawi und Ali al-Sallabi großen Einfluss; in Libyen gelten Ali al-Sallabi, Abd al-Hakim Belhaj (wegen seiner langjährigen Beziehungen zu Sallabi) und der im Kabinett Jibril amtierende Verteidigungsminister Jalal al-Dughaili (aus der Nachbarschaft der Sallabis in Banghazi) als Mitglieder des sogenannten Katar-Netzwerkes.
- 47] Vgl. Aawsat, London, 3.9.2011 (*Libya rebel commander plays down Islamist past*).
- 48] Vgl. Al-Jazeera, 14.5.2012 (*Libya's Tripoli military commander resigns to run for seat in upcoming poll*).
- 49] Vgl. Geschichte der libyschen Muslimbruderschaft vgl. al-Naku', Mahmud Mohammed: *al-Harakat al-islamiya al-haditha fi Libiya*, Tarabulus: dar al-ruwad 2012, 144 S., hier S. 23–56; Wiederabdruck zu großen Teilen unter dem Titel: Hisham Ahmad Mazzahim: *Masarat al-harakat al-islamiya fi Libiya*, Doha: Arab Center for Research and Policy Studies, Dezember 2011; vgl. auch Middle East Research Institute, Washington D.C., 24.4.2012 (*Libyan Muslim brotherhood on the rise*).
- 50] Vgl. Abschlusserklärung vom 24.1.2001 unter *Libya News and Views*, Tripolis, 25.1.2007 (*al-Mu'tamar al-amm*); auf der Sitzung wurde Ingenieur Sulaiman Abd al-Qadir für weitere vier Jahre als Hauptverantwortlicher der Bruderschaft gewählt.
- 51] Die Bruderschaft ist nicht nur in zahlreichen Lokalräten cyrenaikischer Städte präsent, sondern hat auch Mitglieder/Anhänger in militärischen Führungspositionen; prominentestes Mitglied ist Fawzi Bukatief, der dem Militärat Banghazi vorsteht und von Banghazi aus eine Allianz von 40 ostlibyschen Brigaden kommandiert. Allerdings überlegte Bukatief (laut Meldung vom April 2012), ob er in die Politik wechselt; ein Nachweis darüber liegt bislang nicht vor.
- 52] Die Aktivitäten der Muslimbruderschaft waren im September 2011 der Anlass für den Zusammenschluss von 25 Imamen. Bei ihrem Treffen in der Baqi-Mosche in Bin Ashur gründeten sie die Liga der Imame von Tripolis, die der Muslimbruderschaft entgegneten wollten; vgl. Aawsat, London, 8.9.2011 (*Libyan Islamists seek to control Tripoli*).
- 53] Vgl. *Terrorism Monitor*, Washington D.C., 24.11.2011 (*Libya's Muslim brothers emerge from the shadows*); *Libya al-youm*, Tripolis, 19.11.2011 (*Jama`at al-ikhwan al-muslimin al-libiya ta`aqad mu'tamaruha al-tasi` li-awwal marra fi libiya*).
- 54] Zum neuen Murshid der Bruderschaft wurde als Nachfolger von Sulaiman Abd al-Qadir, der die erlaubten zwei Wahlperioden amtiert hatte, der aus Banghazi stammende Bashir al-Kapti gewählt; al-Kapti, von Beruf Buchhalter, hatte die letzten 33 Jahre in den USA gearbeitet und war erst im Frühjahr 2011 nach (Ost-)Libyen zurückgekehrt.
- 55] Teilweise wurde auch von „koranischen Prinzipien“ gesprochen; vgl. al-Sharq al-awsat, London, 5.3.2012 zitiert nach BBC Global Monitoring, London, 5.3.2012 (*Libyan brotherhood leader urges creation of civil state with Islamic reference*).
- 56] Angeblich gehörten der Bewegung rund 500 der aus den Gefängnissen freigelassenen LIFG-Mitglieder an; das politische Komitee der Bewegung rief in einer seiner ersten Erklärungen von London aus die internationale Staatengemeinschaft zum militärischen Eingreifen in Libyen auf (vgl. Aawsat, London, 23.2.2011: *Islamists call on Air force to bomb Gaddafi*). Die Islamische Bewegung für Wandel bestritt Kontakte zu Al-Qaida; einige ehemalige LIFG-Führungsmitglieder wie Abd al-Hakim al-Hasidi setzten indes weiterhin auf Kooperation mit Al-Qaida bei ihrem Bemühen, einen streng schariakonformen Staat durchzusetzen.

- 57] *Nach Angabe des libyschen Islamistenexperten Abd al-Ra'uf al-M. gibt es zwischen den Endzielen der drei Parteien wenig Unterschiede; sie unterscheiden sich aber hinsichtlich der Netzwerke und der Zielgruppen. Gespräch mit dem Autor, Tripolis, Mai 2012.*
- 58] *Darunter waren viele Frauen; allein über 100 lokale Frauengruppen waren an der Organisation des Gründungskongresses mitbeteiligt. Das eigentliche Vorbereitungskomitee wurde von Amin Belhaj geleitet. Zuständig für Frauenfragen innerhalb der Partei ist Dr. Majda al-Falah. Parteichef Sawan will die politische Beteiligung der Frauen weiter fördern.*
- 59] *Middleeastonline, 3.3.2012 (Libya's brotherhood picks Mohammed Sawan to lead political party).*
- 60] *Vgl. Libya-businessnews, 10.11.2011 (New Libyan political party taking shape on lines of moderate Islamic democracy).*
- 61] *Im Dezember 2011 kam es u.a. zum Rückzug der Muslimbrüder und zum Rückzug von LIFG-Mitgliedern wegen der angestrebten eigenen Parteigründungen; das Führungsmitglied Ali Zidane trat zurück, weil er die Interessen seines Stammes nicht durchsetzen konnte; zudem gab es Auseinandersetzungen mit Ali al-Sallabi, weil sich dieser zu stark in den Vordergrund spielte.*
- 62] *Die Partei ist die einzige in Libyen, die nicht mit einem fertigen Programm an die Öffentlichkeit trat, sondern Grundpositionen formulierte und diese zur Diskussion stellte. Das inzwischen veröffentlichte Programm ist mit über 100 Seiten sehr umfangreich; eine „Kurzfassung“ mit 25 Seiten von Ende April 2011 liegt dem Autor vor.*
- 63] *Vgl. al-Jazeera, 14.5.2012 (Libya's Tripoli military commander resigns to run for seat in upcoming poll); Belhaj sprach in diesem Zusammenhang von der Vaterlandspartei als „seiner Partei“. Mit Belhaj als Parteiführer ist das Hauptmanko der Partei, nämlich das bisherige Fehlen einer charismatischen Führungsfigur, behoben.*
- 64] *Als Autor der meisten religionpolitischen Textpassagen der Partei gilt Isma'il Gritli, der aus der Muslimbruderschaft kommt, als liberal gilt und stark von den Schriften Rachid Ghannouchis, des Führers der tunesischen islamistischen Partei Ennahda, beeinflusst ist.*
- 65] *Die Partei ist bei der Bekanntgabe der Namen ihrer Führungskader sehr zurückhaltend; Parteiführer ist Sami al-Sa`adi (alias Abu al-Mundhir), assistiert von Miftah al-Mabruk al-Dhawadi, dem ersten Emir der LIFG, sowie Idris Abu Yahya al-Libi, der Bruder des am 5.6.2012 in Pakistan getöteten Qaida-Führers.*
- 66] *Vgl. Libya Herald, Tripolis, 28.4.2012 (National Front to elect new leadership on 9 may), vgl. zum Parteiprogramm die Webseite [www.jabha.ly](http://www.jabha.ly).*
- 67] *Zu Muhammad al-Maqariaf vgl. seine Webseite <http://www.almagariaf.com> (letzter Abruf: 28.8.2012).*
- 68] *Vgl. New Quryna, 11.3.2012 (Family of deceased Libyan shaykh accuses Salafis of cooperating with al-Sa`idi).*
- 69] *Alarabonline, 27.11.2011 (al-Sa`idi al-Qaddafi yukhattit li-insha' imara islamiya janub Libiya).*
- 70] *Das schließt nicht aus, dass einzelne Salafisten als unabhängige Kandidaten an der Wahl der Nationalkonferenz teilnehmen.*
- 71] *Der Niqab ist im Straßenbild von Tripolis (Mai 2012) dennoch eher selten anzutreffen. Salafisten sind häufig am (hennagefärbten) Bart, teilweise am abgebrochenen Schneidezahn (wie Prophet Muhammad), traditionellen Hosen und Langhemd, alternativ mit übergezogener traditioneller Weste (Firmla), zu erkennen.*
- 72] *Vgl. z.B. das Faltblatt der salafistischen Vereinigung Jam`iyat dar al-khair li-a`mal al-da`wiya wal-khairiya: Tahkim shar`allah. Tripolis, verteilt im Mai 2012 in Restaurants in Tripolis.*

- 73| Vgl. *Libya Herald*, Tripolis, 9.4.2012 (*Salafists tell women to cover up*).
- 74| Vgl. *Middleeastonline*, 3.3.2012 (*Islamist mob desecrates British war graves in Libya's Benghazi*); am 15.6.2012 wurden erneut Gräber des Friedhofs geschändet; die Täter sind unbekannt, aber unter den radikalen Salafisten zu vermuten
- 75| Vgl. z. B. die Demonstration mehrerer Hundert Salafisten zugunsten eines islamischen Staates in Darna am 20.9.2011.
- 76| Ursprünglich im Rahmen der religiösen Revolution Qaddafis bekämpft, wurden sie seit den 1990er Jahren von Qaddafi wegen ihrer apolitischen Position als Bollwerk gegen die islamistische Herausforderung gefördert; so organisierte Qaddafi noch am 15.2.2011 die zweite nationale Sufi-Konferenz (1. Konferenz 1997); nach dem Sturz des Qaddafi-Regimes wurden die Handlungsspielräume unter dem Druck der konservativen Religionsgelehrten und der Salafisten wieder enger, auch wenn Großmufti al-Ghariani die Zerstörung von Sufischreinen in einem eigenen Fatwa Ende März 2012 als unislamisch brandmarkte.
- 77| Vgl. *New Quryna*, Tripolis, 9.3.2012 (*Hundreds of armed Libyan salafists assemble to demolish tomb*). Der Großteil der Salafisten stammte aus Misrata, Khums und Tripolis, einige aber auch aus Banghazi. Ihr Anführer war Scheich Salah al-Kikli vom Jabal Nafusa. Vgl. auch *Terrorism Monitor*, Washington D.C., 21.10.2011 (*Salafist attacks on sufi shrines in Libya*).
- 78| Vgl. ergänzend zu den Versuchen Al-Qaidas, im post-qaddafischen Libyen Fuß zu fassen, Lebovich, Andrew/Zelin, Aaron: *Assessing al-Qa'ida's presence in the New Libya*, in: *CTC Sentinel*, Washington D.C., März 2012, S. 14–18.
- 79| Vgl. *Middleeastonline*, 31.12.2011 (*Gathafis fall, al-Qaeda's rise: jihadists set sights on Libya*).
- 80| Vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=ZAFBoOsYK1c> (letzter Abruf 28.8.2012).
- 81| Vgl. *Massive genuine black flag al-Qaeda military convoy through Sirte, Libya - March 23rd 2012*, [http://www.youtube.com/watch?v=6pE8s9A8w\\_o](http://www.youtube.com/watch?v=6pE8s9A8w_o) (letzter Abruf 28.8.2012).
- 82| Vgl. *Al-Sharq al-awsat*, London, 9.6.2012, zitiert nach *BBC Global Monitoring*. London, 9.6.2012 (*Al-Qa'idah loyalists stage military parade in Benghazi*); dies löste aber umgehend Gegendemonstrationen der Bevölkerung aus.
- 83| Eine Teilgruppe der LIFG um al-Hasidi hatte 2007 ihren Anschluss an Al-Qaida angekündigt und in der Folge auch Kontakte zu Al-Qaida im Islamischen Maghreb; vgl. *Reuters*, 25.6.2012 (*Libyan rebel commander admits his fighters have al-Qaeda links*).
- 84| Von den 200 Mitgliedern der Nationalkonferenz wurden 80 über Parteilisten gewählt; 120 Mandate fallen an unabhängige Kandidaten. Schnitten die islamistischen Parteien mit ca. 20 % der Stimmen gegenüber der siegreichen liberalen (Parteien-)Allianz der Nationalen Kräfte Jibrils schlecht ab und blieben mit diesem Ergebnis weit hinter ihren Erwartungen zurück, so wird der „islamistische Block“ am Ende doch noch anwachsen, weil sich unter den 120 unabhängigen Kandidaten entsprechende Befürworter finden; vgl. *Middleeastonline*, 8.7.2012 (*Islamists concede defeat in Libya's largest cities*).